Nummer 413

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Freitag, 4. September 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Grunewald; Inseratenteil: F. Langenwald, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag: Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat September 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Das Luftschiff Shenandoah zerstört.

12 Tote und 15 Verwundete.

TU New-York, 3. September.

Das zu einem großen Ueberlandflug aufgestiegene Zeppelin-Luftschiff „Shenandoah" ist während eines Gewittersturmes sechs Meilen von Cumberland über dem Ort Ava zwischen den Städten Cambridge und Caldwell zerstört worden. Das Luftschiff trieb eine halbe Stunde in Sturm, ohne die Fahrtrichtung aufnehmen zu können. Es wurde durch die Gewalt des Sturmes mitten durchgeriffen; der eine Teil stürzte zu Boden, während der andere weiter getrieben wurde. Die Nachricht von der Zerstörung des Luftschiffes hat die größte Bestürzung hervorgerufen.

Vor dem Eintreffen näherer Nachrichten läßt sich nicht beurteilen, auf welche Umstände die Zerstörung des Luftschiffes zurückzuführen ist.

Caldwell (Ohio), 3. September.

Wie sich nunmehr herausstellt, ist die „Shenandoah" in drei Stücken niedergegangen. Der Kommandant Leutnant Candsdowne und mindestens 12 Offiziere und Mannschaften wurden getötet. Die Zahl der Verwundeten beträgt 15. Das Luftschiff war heute vormittag kurz nach 5 Uhr in einer Höhe von 3000 Fuß in eine seiner Stirnbüen geraten, die bei den Luftfahrern besonders gefürchtet sind.

Das Luftschiff war mit Heliumgas gefüllt. Eine Explosion hat sich anscheinend nicht ereignet.

Amerikas China-Politik.

Washington, 3. September.

Staatssekretär Kellog erörterte in einer Rede, die er vor der Jahresversammlung des amerikanischen Anwaltverbandes in Detroit hielt, ausführlich die chinesische Frage und die amerikanische Politik in China. Er erklärte: Amerikas Grundsätze sind: Achtung der Souveränität und territorialen Integrität Chinas, Förderung der Bestrebungen, die auf das Zustandekommen einer wirksamen und stabilen Regierung in China hinzielen, Aufrechterhaltung des Grundsatzes der gleichen Behandlung des Handels gegenüber den Angehörigen aller Staaten, gewissenhafte Einhaltung aller auf der Washingtoner Konferenz China gegenüber eingegangenen Verpflichtungen und Versprechungen. Amerika wünscht, daß China die einem souveränen Staate obliegenden Verpflichtungen durchführt und die ausländischen Staatsangehörigen und deren Eigentum schützt. Kellog sprach ferner von dem immer dringlicher von China vorgebrachten Wunsch nach einer Revision der Verträge, erwähnte die in Paris gestellten und in Washington wiederholten Forderungen und wies darauf hin, daß China auch kürzlich noch darauf bestanden habe, daß die Frage der Tarifautonomie von der bevorstehenden Pekinger Konferenz am 26. Oktober in wohlwollende Erwägung gezogen werden soll, und erklärte dann, daß nach seiner Meinung alle Mächte zu der Ansicht gekommen seien, daß die Konferenz ihr Tätigkeitsgebiet über den Buchstaben der Beschlüsse der Washingtoner Konferenz ausdehnen müsse. Die amerikanische Regierung sei bereit, auf dieser Konferenz oder auch später mit China über eine umfassende Revision aller mit der Tarifstage zusammenhängenden Verträge zu verhandeln. Die amerikanische Regierung sei ferner bereit, durch eine internationale Kommission die Frage der Exterritorialität prüfen zu lassen und Amerika wünsche, daß die Kommission bald einen Bericht erstatte, in welchem sie die von ihr erzielten Ergebnisse zur Annahme empfehle. Hierdurch werde es der amerikanischen Regierung ermöglicht werden, sich darüber schlüssig zu werden, ob und gegebenenfalls welche Schritte zur Aufgabe ihrer exterritorialen Rechte unternommen werden können. Er glaube, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bereit sein werde, auf ihre Exterritorialitätsrechte zu verzichten, sobald China den Beweis dafür erbringe, daß seine Gesetze, seine Verwaltung und seine ganze Rechtsordnung den Schutz des Lebens und Eigentums der Ausländer in China zu gewährleisten vermögen.

Bevorstehende Wiederaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 3. September.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg, der Führer der deutschen Wirtschaftsdelegation, wird am 15. September in Paris eintreffen, um die demnächst wieder beginnenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen vorzubereiten. Die deutsche Delegation wird alsdann ebenfalls nach Paris kommen.

Der neue österreichisch-jugoslawische Handelsvertrag dürfte im Laufe der nächsten Woche ratifiziert werden und Mitte des Monats in Kraft treten.

Das englisch-türkische Rededuell um Mossul.

Genf, 3. September.

Nach der (von uns bereits im gestrigen Abendblatt berichtet, D. Red.) Erklärung Tewfik Beys verlas der schwedische Außenminister Unden seinen Bericht über die Tätigkeit der Mossulkommission. Unden betonte in seinem Bericht besonders, daß beide Parteien im vergangenen Herbst sich verpflichteten, jede Entscheidung des Rates anzunehmen und loyal auszuführen. Unden vermeidet aber jede Schlußfolgerung und gibt der Ansicht Ausdruck, daß der Rat vor jeder weiteren Entscheidung beide Parteien hören müsse.

Der englische Kolonialminister Amery

verlas hierauf eine ausführliche Darstellung des englischen Standpunktes, wobei er aus dem Bericht der Mossulkommission zahlreiche Stellen anführte, die für die englische These sprechen. Er behandelte im wesentlichen die von der Kommission gemachten Vorschläge zur Lösung der Mossulfrage, wobei er mit Nachdruck wirtschaftliche und strategische Gründe dafür anführte, daß das Mossulgebiet ungeteilt bleiben müsse. Es müsse vielmehr entschieden der vorläufig vom Völkerbundsrat festgesetzten Grenzlinie endgültig zum Irak geschlagen werden. Amery wandte sich dagegen, daß die innere Lage des Irak nicht genügend gefestigt sei und daß, wie die Mossulkommission es verlange, der Irak noch 25 Jahre unter dem Mandat des Völkerbundes bleiben müsse. Er müsse dieser Auffassung sowohl im Namen der englischen Regierung als auch im Namen der Regierung des Irak widersprechen. Amery vermied es, auf die Frage,

ob England bereit sei, das Mandat über den Irak für weitere 25 Jahre noch beizubehalten,

eine positive Antwort zu geben. In diesem Zusammenhang legte Amery großen Nachdruck auf die Feststellung, daß in der Bevölkerung des Irak sich bereits eine starke Opposition gegen die Verlängerung des Mandates geltend mache. England werde daher alles tun, damit der Irak, sobald nach Ansicht des Völkerbundes seine innere Stabilität gesichert sei, als Mitgliedsstaat in den Völkerbund aufgenommen werde. Amery erinnerte ferner an den Beschluß des Parlamentes des Irak, das sich bekanntlich soeben dahin ausgesprochen hat, nach Ablauf der gegenwärtigen vierjährigen Vertragsperiode das Bündnis mit England zu erneuern. Amerys, der alsdann aus strategischen Gründen eine leichte Abänderung der Brüsseler Linie forderte, erklärte schließlich, es sei sehr wichtig, daß der Rat noch in dieser Session eine endgültige Entscheidung treffe, wobei er nochmals die Unteilbarkeit des Irak betonte und aufführte, daß England jede Entscheidung des Rates annehmen und loyal durchführen werde. Eine gerechte Entscheidung werde die innere Stabilität und dauernde Sicherheit des Irak in nützlicher Weise fördern und damit zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen.

Der türkische Außenminister Tewfik Bey

legte eingehend den Standpunkt seiner Regierung in der Mossulfrage dar. Er zitierte in seinen mehr als einstündigen Ausführungen zahlreiche Stellen aus dem Berichte der Mossulkommission, um die Haltung seiner Regierung zu bekräftigen und die Zugehörigkeit der Bewohner des Mossulgebiets zur Türkei aus wichtigen geographischen und kulturellen Zusammenhängen zu beweisen. Anschließend erörterte er dann die wirtschaftlichen Gründe, die seit langem die inneren Zusammenhänge zwischen der Türkei und dem Mossulgebiet befestigt haben. Aber alle diese Gründe müßten den Erwägungen politischer Natur untergeordnet werden.

Mossul in der Hand Englands würde eine Bedrohung der Sicherheit der Türkei sein

und zugleich nachteilige wirtschaftliche Folgen für den ganzen Orient haben. Die gegenteilige Lösung, d. h. die normale Lösung, die das Mossulgebiet bei der Türkei belasse, würde dagegen eine Sicherheit für die Türkei darstellen, Wirtschaft und Handel zwischen der Türkei und den europäischen Staaten beleben. Nach einer scharfen Kritik an den Bedingungen und Methoden, unter denen die Völkerbundskommission ihre Untersuchungen im Mossulgebiet durchführen mußte, betonte Tewfik Bey den Anschlußwillen der Bevölkerung des Mossulgebietes an die Türkei. Die Türken, die in ihren Grenzen leben wollen, weisen daher die Ansprüche Englands zurück und vertrauen darauf, daß der Völkerbund gegenüber der modernen Türkei nicht die Methode anwenden werde, die sie gegenüber dem alten ottomanischen Reiche angewendet wurde. Die Türkei könnte es niemals verstehen, wenn der Völkerbund unter Heranziehung der verschiedensten Vorwände mit künstlichen Mitteln der Türkei einen Teil ihres nationalen Bodens entziehen würde. Tewfik Bey vertrat dann mit großer Entschiedenheit den Gedanken der Unteilbarkeit des Mossul-Gebietes. Er bekämpfte ferner den Versuch, das Mossul-Gebiet unter Mandat zu bringen. Diese Frage sei überhaupt nicht gestellt worden, und der Rat könne sich daher auch nicht darüber aussprechen. Da im übrigen die Türkei innerlich stabil und außerdem viel weiter entwickelt sei als der Irak, so müsse es selbstverständlich sein, daß die Frage, wem das Mossulgebiet zugeteilt werden solle, zugunsten der Türkei und nicht zugunsten des Irak entschieden wird. Der Völkerbund sei zur Vermittlung zwischen der Türkei und England einberufen worden. Wenn er aber das Mossulgebiet nun unter Mandat stellen wolle, so träte er plötzlich als Präsidentenstand nicht als Vermittler auf. Die Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität über das Mossulgebiet, so schloß Tewfik Bey, ist daher unter der gegebenen Sachlage die einzige praktische Lösung, die gleichzeitig auch der Gerechtigkeit entspricht.

Auf Vorschlag Briands vertagte sich der Rat auf Freitag vormittag, um dem englischen Kolonialminister Amery Gelegenheit zur Kritik auf die heutigen Ausführungen des türkischen Außenministers Tewfik Bey zu geben. Man rechnet damit, daß sich der türkische Außenminister ebenfalls noch einmal zum Worte melden wird, bevor der Rat, wie man vermutet, den seitherigen Berichterstatter Unden-Schweden mit der Einleitung weiterer Verhandlungen zwischen den beiden Delegationen beauftragen wird.

Pétain Oberbefehlshaber in Marokko.

General Boichut aus Syrien abberufen.

Paris, 3. September.

Heute vormittag traten die Minister und Unterstaatssekretäre unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zu einem Ministerrat zusammen. Zunächst beschäftigten sie sich mit den Vorgängen in Marokko, über die folgende amtliche Mitteilung bekanntgegeben wurde: Der Ministerrat hat die Entscheidungen gebilligt, die von dem Ministerpräsidenten in ihrer Eigenschaft als Kriegsminister getroffen worden sind, und die das einheitliche Kommando für die militärischen Operationen unter den Oberbefehl des Marschalls Pétain stellen. Andererseits muß neben der militärischen Operation eine rasche und wirksame Beeinflussung der Stämme erfolgen. Diese Aufgabe fällt dem Generalresidenten in Fühlung mit Marschall Pétain und der Regierung zu. Marschall Lyautey wird sich deshalb am 12. September wieder nach Marokko begeben und im Oktober nach Paris zurückkehren, um die Regierung über die sich aus den eingeleiteten Operationen ergebende Lage zu unterrichten. Der Ministerpräsident legte dar, unter welchen Bedingungen der Frieden in Syrien wieder hergestellt werden kann. General Boichut fährt nach Frankreich zurück, um der Regierung über die militärische Lage in Syrien Aufklärung zu geben. Er wird durch General Gamelin ersetzt, der sich am 7. September in Marseille einschiffen wird.

Französisch-spanischer Beschluß über die neuen Operationen.

Madrid, 3. September.

Nach einer Konferenz mit dem französischen Admiral in Algeciras überreicht Primo de Rivera Pressevertretern eine Mitteilung, in der es erklärt, daß in der Konferenz ein endgültiger Beschluß über die künftigen Operationen, die schnell und energisch durchgeführt werden sollen, gefaßt wurde. Er, Primo de Rivera, habe unbedingtes Vertrauen auf Erfolg, weil die Vorbereitungen sehr gründlich seien, sowie auf die feldherrliche Mitarbeit Frankreichs. Die Ratsitzungen würden dieses Vertrauen bald rechtfertigen.

Umgruppierung bei Abd el Krim.

Madrid, 3. September.

„ABC" berichtet über die militärische Lage in Marokko, daß hinter der Front zur Vorbereitung der Operation fieberhafte Tätigkeit herrsche. Der durch die letzten militärischen Maßnahmen in der Ostzone auf die Kabylen gemachte Eindruck habe Abd el Krim veranlaßt, eine Umgruppierung seiner Streitkräfte vorzunehmen.

Japan der dritte Garant für Bessarabien.

Um die Einverleibung Bessarabiens an Rumänien.

TU Bukarest, 3. September.

Der neue japanische Gesandte in Bukarest, Graf Kiutoma Mushakoio ist in Bukarest eingetroffen und erklärte Pressevertretern, daß seine Regierung ihm nach Rumänien mit der wichtigen Mission der Ratifizierung der Bessarabien betreffenden Konvention vom Jahre 1920, entsandt hätte. Bekanntlich soll die Einverleibung Bessarabiens an Rumänien von drei Großmächten anerkannt werden, was bisher nur Frankreich und England taten. Die Weigerung Italiens dem Ansuchen Rumäniens nachzukommen, führte verschiedene Male zu politischen Differenzen. Auch Rußland ließ Italien des öfteren wissen, daß es eine Unterstützung der rumänischen Forderung einem feindlichen Akte gleichsehe. Italien hat dann auch im Februar 1925 eine Anerkennung des rumänischen Anspruches endgültig abgelehnt. Auch waren die rumänischen Versuche, Japan zur Ratifizierung zu bewegen, anfänglich von Mißerfolg begleitet. Was die plötzliche Nachgiebigkeit Japans erwirkt hat, ist vorläufig schwer zu enträtseln.

Schwarz-Rot-Gold in der Schule.

Der preußische Unterrichtsminister hat an die Provinzialschulkollegien und Regierungspräsidenten einen Erlaß gerichtet, der die Entpolitisierung des Schullebens in Preußen zum Gegenstande hat und den der Amtliche Preußische Pressedienst veröffentlicht. Der Minister stellt fest, daß die parteipolitische Betätigung der Schüler überhand genommen habe und die Schule in der normalen Arbeit behindere. Die Entpolitisierung des Schullebens sei daher eine wichtige Aufgabe der Schule, und es müsse erneut auf den entsprechenden Erlaß vom 28. Dezember 1922 hingewiesen werden. Voraussetzung für die Erziehungsarbeit der Schule im Sinne dieses Erlasses sei „die rechte Haltung der Lehrerschaft in diesen Fragen". Der Minister wendet sich gegen eine Herabsetzung der jetzigen Reichsfarben und untersagt das Tragen und Mißkennen von Abzeichen und Symbolen jeder Art.

Auch wir haben stets die Anschauung vertreten, daß die Schule lediglich zur wissenschaftlichen, sittlichen und körperlichen Erziehung der Jugend da sei und daß die Politik unter gar keinen Umständen in die Schule gehöre. Wir stimmen deshalb dem Unterrichtsminister, dem Demokraten Becker, vollkommen zu in der Forderung, daß die Schule, die in der Tat jetzt vielfach in verhängnisvoller Weise zum Tummelplatz unreifer politischer Anschauungen und Gegensätze geworden ist, gründlich von der Politik gereinigt werden muß. Der politische Unterton, der zwischen den Worten des Erlasses schwingt, und die parteipolitische Tendenz, die in dem Erlaß teilweise hervortritt, veranlaßt uns jedoch, die Frage aufzuwerfen: wie ist denn die Politik überhaupt in die Schule hineingekommen?

Niemand wird bestreiten, daß nach der Revolution die Verkünder der neuen Heilslehre auch versucht haben, die Schuljugend möglichst schnell und intensiv mit den „Errungenschaften der Revolution" bekannt zu machen. Wir erinnern an die törichte Bilderstürmerei, Büsten großer Hohenzollern und Bilder aus ihrer Zeit wurden plötzlich nicht mehr als das angesehen, was sie in der Schule sein sollten, als erinnernde Symbole großer und für das Vaterland fruchtbarer Geschichtsepochen, sondern als Provokation gegenüber einer neuen, gegenwärtig herrschenden Staatsanschauung. Deshalb wurde dagegen Sturm gelaufen und der Keim zum Austrag politischer Gegensätze in der Schülerschaft gesät. Wir erinnern daran, daß der frühere sozialdemokratische Kultusminister Haenisch als echter Revolutionär die Schülerräte eingesetzt hat und damit der unreifen Schuljugend die Gelegenheit zu einer Betätigung gegeben hat, in der sie mitbestimmende Faktoren werden sollte, statt Gegenstand der Erziehung zu sein. Herr Haenisch und seine Partei haben damit ganz erheblich zur Politisierung der Jugend beigetragen. Es muß ferner festgestellt werden, daß die Tätigkeit des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold entscheidend dazu beigetragen hat, die jetzigen Zustände zu schaffen, gegen die sich der demokratische Kultusminister wendet. Unvoreingenommene Schulmänner bestätigen, daß das Tragen von politischen Abzeichen der Schüler und die politische Auseinandersetzungen, die fast täglich zu Schlägereien führen, erst eingerissen sind, seit das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sich in so hohem Maße agitatorisch und demonstrativ auf der Straße betätigt. Von der Straße in die Schule ist nur ein kleiner Schritt. Auch jetzt scheint der Minister gegen die Betätigung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Schule nichts einzuwenden zu haben, denn er verlangt, „in allen Lehrerkollegien zum Vortrag kommen zu lassen, die Schule könne es nicht zulassen, daß die Schüler Vereinigungen angehören, die sich etwa gegen den Staat oder gegen die geltende Staatsform richten". Wir vermissen die Feststellung, daß den Schülern die Zugehörigkeit zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold verboten wird. Das Reichsbanner ist, wie seine Gründer und Protektoren es jeden Tag versichern, ein Organ des Klassenkampfes, eine Kampforganisation gegen alle die, die mit den durch die Revolution geschaffenen Zuständen nicht einverstanden sind. Gehört ein Schüler dem Reichsbanner an, so hat er die Pflicht, jeden Andersdenkenden mit allen Mitteln zu bekämpfen. Das will die gegenwärtige Regierung und ihr Unterrichtsminister dulden. Sie lassen also die Politik in der Schule und begünstigen zudem die Durchsetzung ihrer eigenen parteipolitischen Anschauung in der Schule.

Diese Tatsache charakterisiert den Erlaß des preußischen Unterrichtsministers als subjektive, parteipolitisch gefärbte Maßnahme.

Dr. J.